

IN KÜRZE

Regierungsratslohn soll auf 250 000 Franken steigen

Der Schwyzer Kantonsrat genehmigte höhere Löhne für die Regierungsmitglieder. Anstelle der lebenslangen Ruhegehälter erhalten die Regierungsräte nur noch eine einmalige Abfindung. Das Geschäft passierte den Rat am Schluss mit 79 zu 6 Stimmen.

Rentsch ist neuer Verwaltungsrichter

In einer geheimen Wahl wurde Thomas Rentsch mit 49 zu 43 Stimmen zum neuen Verwaltungsrichter und damit zum Nachfolger von Gion Tomaschett gewählt. Nicht gewählt wurde Luka Markic.

Pensionskassengesetz für 9000 Betroffene

Mit 79 zu 10 Stimmen genehmigte der Rat die Teilrevision des kantonalen Pensionskassenreglements. Dieses betrifft rund 9000 Personen im ganzen Kanton.

Neues Personal- und Besoldungsgesetz

Mit 73 zu 15 Stimmen genehmigte der Kantonsrat das neue Personal- und Besoldungsgesetz. Der Rat lehnte mit 46 zu 41 Stimmen aber ab, bereits nach fünf Jahren ein erstes Dienstaltersgeschenk zu entrichten.

Worte des Rates

«Was bringt Kantonsrat Lorenz Ilg dazu, Baudirektor André Rüegsegger plötzlich so zu loben?»

Kantonsratspräsident Thomas Hänggi rätsetze über Ilgs Wandlung, der vor Monatsfrist den Baudirektor mit seinen Aussagen zur Nichtplanung eines Velowegs in Muotathal in Rage brachte.

«Ich habe ihn zur Landammannfeier eingeladen.»

André Rüegsegger antwortete nicht nur schnell, sondern kurz und prägnant auf die obige Frage des Kantonsratspräsidenten.

«Ich sehe jedenfalls niemanden auf der Regierungsbank, der ein Kind bekommen könnte.»

Fredi Kälin (SVP, Einsiedeln) unterlief ein rhetorischer Fauxpas, welcher Frau Landammann Petra Steimen-Rickenbacher aber zu ausgiebigem Lachen motivierte.

«Dann wird es wirklich grusig.»

Finanzdirektor Kaspar Michel warnte davor, bei der Revision des Pensionskassenreglements unüberlegte Änderungen vorzunehmen.

«Als Verwaltungsratspräsident der Pensionskasse des Kantons Schwyz lade ich Sie zum Nachtessen ein. Als Finanzdirektor lade ich Sie gleich wieder aus.» **Kaspar Michel erklärte SP-Fraktionschefin Carmen Muffler, weshalb er gegen eine Erhöhung des Arbeitgeberbeitrags auf 13 Prozent ist.**

«Ich rede nur kurz zu einem Artikel, bei dem alle mitreden können, weil er sehr einfach zu erfassen ist.»

Nochmals Kaspar Michel, der unbewusst aber charmant auf mindere Kenntnisse im Rat hinwies.

«Ein Anreiz, in die Regierung zu wollen, ist sicher auch die Zusammenarbeit mit diesem tollen Kantonsrat.»

Kantonsratspräsident Thomas Hänggi (SVP) hatte eine eigene Vorstellung davon, weshalb die Höhe des Lohnes nicht allein entscheidend ist.

«Was will ich damit sagen?»

Der Küsnachter SP-Kantonsrat Martin Rana sah sich selbst veranlasst, seine ausschweifenden Worte nochmals zusammenzufassen.

Das Volk hat wohl das letzte Wort

Die Regierungsgehälter sollen auf 250 000 Franken angesetzt werden, doch ein Referendum liegt in der Luft.



Die Regierungsmitglieder hatten für einmal nichts zu sagen. Über die Idee, die Regierungsabfindungen neu zu regeln, entschied der Rat ganz alleine.
Bild: Erhard Gick

Jürg Auf der Maur

«Die 1000 Unterschriften, die für ein Referendum notwendig sind, sammle ich alleine. Sogar auch 2000». SVP-Kantonsrat Bernhard Diethelm, Vorderthal, zeigte sich mehr als überzeugt von seiner Position, dass sich die Bevölkerung an der Urne gegen das neue Gesetz über die Magistratspersonen aussprechen würde.

Grund: Die Regierungsgehälter sollen künftig von rund 180 000 auf 250 000 Franken angehoben werden. Gleichzeitig wird das Regierungsratsamt zum Vollamt, die lebenslangen Ruhegehälter werden abgeschafft und die Abfindungen weniger lang ausbezahlt, als es die ursprüngliche Vorlage vorsah. Noch ist nicht sicher, ob Diethelm das

Referendum ergreift. Er selber ist überzeugt, dass dieses im Volk problemlos angenommen würde: «Erklären Sie dem normalen Bürger, weshalb es zu dieser Lohnerhöhung samt goldenem Fallschirm kommen soll.» Der Vorderthaler SVP-Kantonsrat wurde am Schluss der Debatte zwar von SVP-Kantonsrat Alexander Lacher aufgefordert, auf diesen Schritt zu verzichten. Es liege nun ein echter Kompromiss vor. Diethelm erklärte aber dem «Boten», das er sich nach Geldgebern umschaue.

SP-Kompromiss nur mit halbem Erfolg

Obwohl die Vorlage, verglichen mit heute, kostenneutral ausfallen dürfte, kam es zuvor zu einer harten Auseinandersetzung im Rat. Das neue Gesetz

wurde zwar am Schluss mit 79 zu 6 Stimmen deutlich angenommen, die Höhe der Regierungsratslöhne und die einmalige Abfindung für zurückgetretene oder abgewählte Regierungsratsmitglieder war aber stark umstritten.

«Wir sagen immer, wir möchten mit dem Kanton vorwärtskommen», erklärte Paul Schnüriger (Die Mitte Rothenburg). Deswegen sage die Mitte-Partei klar Ja zur Vorlage, die erstens weniger koste und zweitens die besten Kräfte für die Regierung garantiere. Für die SVP sollten die Regierungsratslöhne nicht höher sein als jene der teuersten Chefbesoldeten, wie Manuel Mächler (SVP Schübelbach) darlegte und für maximal 100 (und nicht wie vorgesehen 110) Prozent votierte. Für FDP-Präsident Urs Rhyner war der Vorschlag «gut vertreten

bar und nicht überrissen». SP-Fraktionschefin Carmen Muffler (SP Freienbach) setzte sich für einen Kompromiss ein und beantragte, dass die Löhne der Regierung nur fünf Prozent über dem Maximum des höchsten Beamtenlohnes zu stehen kommen sollen.

Die SP setzte sich mit 57 zu 31 Stimmen zwar gegen den SVP-Antrag durch, unterlag aber mit 37 zu 53 Stimmen dem Mehrheitsvorschlag der beratenden Kommission. Die Löhne sollen also künftig zehn Prozent über dem Maximallohn der Verwaltung liegen. Der Rat sprach sich zudem gegen die Streichung der Abfindungen aus. Diese sollen aber nur sechs und nicht sechs bis zwölf Monatsgehälter umfassen. Man wolle keine Verschlechterung gegenüber heute, so die Begründung.

Kantonsratspräsident bodigt per Stichentscheid das Jugendparlament

Die Regierung muss keine Rettungsvorlage ausarbeiten.

Jürg Auf der Maur

Das Schwyzer Kinder- und Jugendparlament hat nicht nur eine schwierige Geschichte, seit Mittwoch dürfte es nun endgültig der Vergangenheit angehören. Die finanzielle Unterstützung wurde bereits in den letzten Jahren stufenweise reduziert. Letztes Jahr warf der private Verein das Handtuch, weil er mit der Geldsuche so stark gebunden war, dass es für andere Arbeiten nicht mehr reichte.

In der Folge reichten die Kantonsräte Jonathan Prelicz (SP, Arth-Goldau) und Dominik Blunschy (Die Mitte, Ibach) einen Vorstoss ein. Sie forderten darin die Regierung auf, eine Vorlage auszuarbeiten, damit das Kinder- und Jugendparlament nicht nur ideell, sondern auch finanziell vom Staat unterstützt würde. Die Regierung lehnte das Anliegen ab und empfahl dem Kantonsrat, das Geschäft nicht erheblich zu erklären.

Während nicht weniger als 40 Minuten debattierten die Schwyzer Kantonsratsmitglieder am Mittwoch darüber, ob es nicht doch angezeigt wäre, dass sich der Kanton finanziell betei-

ligen würde. Es ging um 5000 bis 10 000 Franken, mit denen die Staatsrechnung belastet werden würde. SVP und FDP sprachen sich gegen die staatliche Unterstützung aus, SP,

«Ich stimme wie meine Fraktion.»

Thomas Hänggi
Kantonsratspräsident, SVP, Feusisberg

Mitte und GLP wollten, dass der Vorstoss erheblich erklärt wird.

Die Abstimmung zeigte, wie knapp die Verhältnisse im Rat waren. Einige SVP-Kantonsräte hatten den Saal nämlich bereits verlassen – oder waren schon vorher entschuldigt. So kam es zu einem «Hitchcock-Finale». Mit 42 Ja- zu 42 Nein-Stimmen resultierte ein Unentschieden, das erst durch den Stichentscheid von Kantonsratspräsident Thomas Hänggi (SVP, Feusisberg) endgültig bachab geschickt wurde. «Ich stimme wie meine Fraktion», begründete Hänggi sein Nein.

Regierung wollte helfen, aber nicht handeln

Damit setzte sich nicht zuletzt auch Bildungsdirektor Michael Stähli durch: «Wir wollen Hand bieten für eine Reaktivierung des Parlaments. Aber wir wollen keine Amtsstelle», argumentierte er. Er habe Angst, «dass wir einen Scherbenhaufen anrichten, wenn wir jetzt den Vorstoss nicht erheblich erklären», befürchtete SP-Kantonsrat Jonathan Prelicz schon vor der Abstimmung.

Weniger Rente für Kantonsangestellte

Kanton Staatsangestellte im Kanton Schwyz erhalten künftig tiefere Renten. Der Kantonsrat hat ein Stabilisierungspaket für die Pensionskasse des Kantons Schwyz beschlossen. Mit 79 zu 10 Stimmen genehmigte das Kantonsparlament eine Teilrevision des Pensionskassengesetzes. Damit soll eine Unterdeckung bei der kantonalen Pensionskasse verhindert werden. Wegen der steigenden Lebenserwartung und der tiefen Kapitalrenditen bestehe dringender Handlungsbedarf, hiess es in der Kantonsratsdebatte.

Die Regierungsvorlage umfasst eine Senkung des sogenannten Umwandlungssatzes (im Alter von 65) von heute 6 Prozent auf 5 Prozent. Ein tieferer Umwandlungssatz bedeutet, dass die Pensionierten kleinere Renten bekommen. Diese Anpassung gilt für Neurenten und soll in kleinen Schritten von Januar 2023 bis Dezember 2027 vollzogen werden. Für die bis Ende 2022 pensionierten Staatsangestellten wird sich nichts ändern.

Weil die Teilrevision mit Leistungseinbussen von maximal neun Prozent verbunden ist, stellte die SP-Fraktion im Kantonsrat den Antrag auf Rückweisung der Vorlage. Doch das Begehren von linker Seite, das eine Reduktion der Leistungseinbussen beabsichtigte, scheiterte am Schluss aber klar mit 75 zu 15 Stimmen. (sda)